

Aktion: Zukunft

Kinder- und familienpolitische Leitlinien



die lobby für kinder

Kinder- und familienpolitische Leitlinien des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Kinder als Armutsrisiko Nummer eins - die PISA-Studie als Spiegel der langjährigen Versäumnisse unserer Bildungspolitik - Gewalttaten, Rechtsextremismus und Amokläufe junger Menschen als Konsequenz vom Werteverfall in unserer Gesellschaft und der Beeinflussung durch Medien und Konsumterror: Das sind nur drei aktuelle Themen aus öffentlich geführten Debatten, die verdeutlichen, dass wir von einer kinderfreundlichen Gesellschaft noch weit entfernt sind, andererseits dringender Handlungsbedarf besteht.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich Familie im Wandel befindet. Erwachsene, die Kinder wollen, sind nicht mehr bereit, ihr Leben ausschließlich in Hinblick auf ihre Kinder zu planen, nicht aus Egoismus, sondern weil sie auf die Anforderungen, die die Gesellschaft ihnen stellt, angemessen reagieren müssen. Das bedeutet, dass sie ihre Chancen erkennen und wahrnehmen müssen, aber mit dem Risiko, dass die Erwartungen sich nicht erfüllen, wegen technischer Neuerungen, unterschiedlicher Stärke von Geburtsjahrgängen, wegen des Wandels der Berufe, wegen wirtschaftlicher Konjunkturen mit unvorhersehbaren Auf- und Abs, wegen Nachfrage nach Arbeitskräften oder massenhafter Entlassungen und dauerhaft hoher Arbeitslosigkeit. Das zwingt sie, eben noch als richtig bewertete Entscheidungen zu korrigieren. Solche gesellschaftlichen Anforderungen beeinflussen die Verhältnisse in den Familien - *Familie geht mit der Gesellschaft* (so schon der Familiensoziologe René König 1978). Das bedeutet zugleich: Unsere Gesellschaft trägt Verantwortung dafür, wie unsere Kinder aufwachsen.

Die Politik hat das erkannt und zu ihrem Thema gemacht. Der Deutsche Kinderschutzbund begrüßt dieses Engagement für die Kinder und Familien. Angesichts der ideologisch geprägten Gegensätzlichkeit der parteipolitischen Standpunkte und der Notwendigkeit eine eigene Position von Kindern mitzubedenken, stellt der Kinderschutzbund Schleswig-Holstein eigene Forderungen für eine Familien- und Kinderpolitik auf.

1. Eltern brauchen mehr Zeit - Väter müssen sich mehr an der Erziehung beteiligen können - es bedarf neuer Modelle der Vereinbarkeit von Arbeitswelt und Familienleben.

Die "strukturelle Rücksichtslosigkeit" der Gesellschaft gegenüber der Familie, bedarf der Korrektur. In Verhandlungen über Wochenarbeits- und Lebensarbeitszeit muss das Deutsche Kinderschutzbund Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Bedürfnis von Familien nach besserer Abstimmung von Familienzeiten, Arbeitszeiten und Zeitplänen in Kindereinrichtungen aller Art mit einbezogen werden.

Väter könnten sich eher dazu entschließen, ihrerseits Erziehungszeiten zu übernehmen und damit das Zeitbudget der Familie zu vergrößern, wenn finanzielle Nachteile angemessen kompensiert werden würden.

Damit würde es Eltern erleichtert, ihre Rollenverteilung den sich ändernden gesellschaftlichen und familiären Bedingungen entsprechend neu zu verhandeln und anzupassen.

Familie und Beteiligung am Erwerbsleben ließen sich eher miteinander vereinbaren, wenn die Arbeitsmöglichkeiten, zum Beispiel durch elektronische Vernetzung, flexibler gestaltet, Wiedereinstiegsfristen verlängert und effiziente Weiterbildungsangebote vorgehalten werden würden.

2. Die Betreuungsangebote - insbesondere für unter Dreijährige und über Sechsjährige -, die Infrastruktur für ältere Kinder und die Bildungsangebote für alle Kinder und Jugendlichen müssen verbessert werden.

Die vorhandenen Betreuungsformen sind für Eltern, die zwischen eigener Kinderbetreuung bei vorübergehender Aufgabe der Erwerbstätigkeit und der Aufnahme oder Fortsetzung einer Erwerbstätigkeit wählen wollen, unzureichend. Das trifft in erster Linie sozial schwache Familien, insbesondere Alleinerziehende.

Es bedarf vor allem der Einrichtung von mehr Ganztageseinrichtungen.

Für ältere Kinder sind Einrichtungen sowie Angebote von Programmen und Kursen notwendig, an denen sie sportliche, soziale, spielerische oder musische Interessen entwickeln können, damit ungenügende Anregungen in der Schule und in der Familie ausgeglichen werden können. Dazu gehören auch sichere Orte im Wohnumfeld, wo sich Kinder selbstorganisiert treffen, spielen und miteinander reden können.

Die PISA-Studie hat gezeigt, dass wir die ganzheitliche Bildung unserer Kinder nicht ernst genug genommen haben. Frühe Bildungsprozesse müssen erkannt und stärker gefördert werden. Für ein Gesamtkonzept "Bildung und Erziehung" muss eine Abstimmung zwischen Kindern, Eltern, Tageseinrichtungen, Schule und Wirtschaft erfolgen. Besondere Aufmerksamkeit muss der Integration von ausländischen Kindern im Sinne einer Bereicherung unserer Kultur gewidmet sein.

Die Qualität der Bildungsangebote und die Kompetenz der Bildungseinrichtungen und der in ihnen Tätigen müssen verbessert werden. Das hierfür Notwendige darf nicht an dem heute nur allzu schnell erklärten Satz scheitern, dass nur solche Reformen in Frage kommen, die nichts kosten.

Investitionen in diesem Bereich sind Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und damit in die Zukunft unserer Gesellschaft. Die Zukunft unserer Kinder muss Priorität haben.

3. Die materielle Ausstattung der Familien muss bedarfdeckend ausgestaltet sein und das Existenzminimum von Kindern sichern.

Kinder dürfen in unserem reichen Land kein Armutsrisiko mehr sein.

Allen Kindern sollte ein gleich hohes Kindergeld von 300 € monatlich gewährt werden bis zum Ende der Ausbildung. Damit würden Kinder aus dem System der Sozialhilfe herausgeholt werden. Das Kindergeld tritt an die Stelle des Sozialhilferegelsatzes. Eine Anrechnung auf den übrigen Sozialhilfebedarf des Haushalts findet nicht statt.

Der Besuch der Kindertagesstätten muss beitragsfrei sein, damit er uneingeschränkt von allen Kindern wahrgenommen wird. Für Kinder mit Migrationshintergrund erhöht ein solches Angebot die Chance der Integration.

Bezahlbarer Wohnraum für Familien muss ausreichend vorhanden sein.

Das Zusammenleben mit Kindern muss stärker gefördert werden.

4. Kinder sind zu beteiligen (Partizipation)

In Schleswig-Holstein ist der Grundsatz der Partizipation bereits in der Kommunalverfassung verankert. Dieser Weg sollte weitergegangen und für die Kommunen gesetzlich verbindlich ausgestaltet werden. Demokratieverständnis bei Kindern wird am ehesten durch die persönliche Erfahrung der Beteiligung an staatlichen Planungen geweckt; Verantwortung wird dadurch gestärkt, dass sie verteilt wird. Es ist wichtig, sichtbar zu machen, dass sich die Interessen von Kindern von denjenigen der Erwachsenen unterscheiden können.

Kinder sind an den Entscheidungen, die ihre Kindertagesstätte, Schule, Freizeit- und Kultureinrichtungen betreffen, zu beteiligen. Wir fordern zeitgemäße Institutionen für Kinder in den Städten und Gemeinden (z.B. Kinderbüros) und deren finanzielle Absicherung.

5. Die Bindungs- und Erziehungsfähigkeit aller, die mit der Erziehung unserer Kinder befasst sind, muss gestärkt werden.

Untersuchungen belegen, dass es zahlreiche Eltern und Kinder gibt, die mit Problemen nicht zurecht kommen, leiden, zerstörerisch gegen andere oder sich selbst reagieren und Hilfe benötigen. Die hohen Scheidungsraten sind nur ein Indiz für das Scheitern an solchen Problemen; jedes sechste Kind ist von der Trennung seiner Eltern betroffen, mindestens jedes vierte Kind zwischen zehn und dreizehn Jahren kann nach eigenen Angaben mit seinen Eltern nicht gut reden. Besonders betroffen sind Kinder von Eltern mit schwierigen Vorgeschichten und engen finanziellen Spielräumen.

In Krisen- und Konfliktsituationen brauchen Kinder und Eltern Hilfen, die ihnen Unterstützung, Entlastung und den notwendigen Schutz bieten. Familien benötigen Unterstützung durch vielfältige, niedrighschwellige Informations- und Beratungsangebote wie das Kinder- und Jugendtelefon, Elterntelefone, Elternkurse, Elternbriefe und Beratungsstellen. Dabei sind Eltern und Kinder mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund mit einzubeziehen.

Der Fortbestand solcher Institutionen muss gesichert werden.

Diese Unterstützungsangebote bieten eine Grundlage für eine gewaltfreie Erziehung und helfen Kindern und allen, die Aufgaben für die Erziehung und Bildung von Kindern übernehmen, Handlungsmöglichkeiten und neue Perspektiven für sich zu entwickeln.

6. Eine Welt für Kinder

Kinder von Asylsuchenden (staatenlose Kinder, Flüchtlingskinder), Roma- und Sintikinder dürfen nicht von staatlichen Leistungen ausgeschlossen werden. Das gebietet schon die von Deutschland anerkannte UN-Kinderrechtskonvention, die postuliert, dass alle Kinder-Rechte unterschiedslos für alle Kinder der Welt zu gelten haben. Darüber hinaus bedürfen solche Kinder der besonderen Unterstützung. Es bedarf ständiger Überprüfung, wie sie in unserem Land behandelt werden.

Es muss eine übergreifende Kinderpolitik auf europäischer Ebene entwickelt werden. Die besondere Situation Schleswig-Holsteins als Knotenpunkt zum Ostseeraum ist dabei zu berücksichtigen.

Aktion: Zukunft

Kinder- und familienpolitische Leitlinien

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung
des DKSB-Landesverbandes Schleswig-Holstein am 25. 6. 2002



die lobby für kinder

Herausgeber:

Deutscher Kinderschutzbund

**Landesverband
Schleswig-Holstein e.V.**

Beselerallee 44
24105 Kiel

Tel (04 31) 80 52 49

Fax (04 31) 8 26 14

email info@kinderschutzbund-sh.de

www.kinderschutzbund-sh.de

Überreicht durch: